

Thomas Röper¹

Ein unfreies Land mit Zensur?

Wie russische Medien wirklich berichten

Der Verfasser dieses Beitrags wird immer wieder gefragt, wie die russischen Medien berichten. In Deutschland herrscht nämlich die Meinung vor, in Russland herrsche Zensur. Das Gegenteil ist der Fall. Die Vielfalt der in den russischen Medien veröffentlichten Meinungen und Standpunkte ist viel größer als in Deutschland. Natürlich haben – vor allem - die staatlichen Medien in Russland eine Meinung, die man deutlich herauslesen kann. Aber im Gegensatz zu den deutschen Mainstream-Medien lassen die russischen Medien „die Gegenseite“ ausführlich zu Wort kommen. Danach erklären sie ihren Standpunkt und versuchen, die „andere Seite“ zu widerlegen.

In Deutschland findet man die Argumente „der Gegenseite“ **oftmals** gar nicht in den Medien, **vor allem wenn sie von „rechts“ kommen.** Die Meinung der „anderen Seite“ wird in Deutschland immer verkürzt dargestellt und oft aus dem Zusammenhang gerissen, was den Konsumenten in die gewollte Richtung beeinflussen soll.

Das wird gerne dadurch getan, dass man einfach über dies oder jenes gar nicht berichtet. Die so genannte „Lückenpresse“ ist daher weit gefährlicher, als „Lügenpresse“. Eine Lüge kann der Leser **vielleicht** entdecken. Aber wenn er etwas nicht weiß, weil darüber nicht berichtet wird, kann er kaum „dahinter kommen“. Das ist in Russland anders. Sei es, weil die westlichen Medien mit ihrer Übermacht im Informationsraum ihre Thesen sowieso in Russland bekannt machen können, oder sei es, weil die Russen eben so sind.

1 **Thomas Röper**, Jahrgang 1971, war als Experte für Osteuropa in Versicherungs- und Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Russland in Vorstands- und Aufsichtsratspositionen tätig; danach unabhängiger Unternehmensberater in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt das Internet-Portal www.antispiegel.ru. Schwerpunkte seiner Arbeit sind das mediale Russlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen sowie die Themen Geopolitik und Wirtschaft

.Fakt ist jedenfalls, dass in Russland die Argumente „der Gegenseite“ ausführlich thematisiert werden. Das ist im Westen nicht so. Ich will ein Beispiel aus meinem Buch über Putin bringen, aus dem Kapitel über die Medien. Der von mir übersetzte Dialog zwischen Putin und einem Journalisten dürfte alle, die Russland für ein unfreies Land mit geknebelter Presse halten, sehr überraschen. „Radio Echo Moskvj“ ist ein russlandweiter Radiosender, der sehr konsequent eine pro-westliche Linie fährt und die Regierung heftig angreift und auch Putin persönlich oft unsachlich beschimpft. Trotzdem bekommt der Radiosender Unterstützung vom russischen Staat. Zum Erhalt der Meinungsvielfalt unterstützt der russische Staat diesen Radiosender finanziell. In Deutschland und anderen westlichen Ländern wäre es undenkbar, dass der Staat einen Sender unterstützt, der die russische Politik propagiert.

Ich zitiere hier ein Gespräch, das sich 2012 bei einem Treffen Putins mit den Chefredakteuren der führenden russischen Medien zugetragen hat. Dort gerieten Putin und der Chefredakteur von „Radio Echo Moskvj“ vor laufenden Kameras aneinander. Und auch das gleich vorweg: Alexej Wenediktov ist bis heute Chefredakteur von „Radio Echo Moskvj“, der Disput hat ihn weder seinen Posten gekostet, noch wurde seine Finanzierung gekürzt.

Das Gespräch fand kurz vor den damaligen Wahlen statt, bei denen sich Putin nach vier Jahren als Premierminister wieder als Präsidentschaftskandidat bewarb. Putin hatte damals einen Artikel geschrieben, in dem er sein Programm erklärte und welche Projekte er als Präsident in Angriff nehmen wollte.

Putin im Disput mit dem Chefredakteur von „Radio Echo Moskvj“ Beginn des übersetzten Dialogs:

Wenediktov: „Sie sprechen jetzt mit Ihren Anhängern und auch der Artikel war sehr wichtig. Trotzdem bleiben massenhaft Fragen offen,

darunter auch die Frage, warum will er zurückkommen. Was will er noch tun? Thomas Röper, Wladimir Putin: Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?, 2019 J.K. Fischer Verlag. Was ich sagen will ist, dass Sie dies nicht nur mit denen besprechen sollten, die Ihnen ohnehin applaudieren. Sie sollten auch mit den Kritikern sprechen, denn Kritiker können einem einen anderen Blickwinkel geben.“

Putin: *„Sie sitzen doch hier mit am Tisch. Wir reden doch miteinander. Wie Sie sehen, tue ich genau das, was Sie fordern.“*

Wenediktov: „Danke, das stimmt natürlich. Ich habe heute auf dem Gaidar-Forum gesehen, dass der ehemalige finnische Premierminister einen schönen Satz gesagt hat, der Ihnen auch gefallen dürfte, falls Sie ihn nicht gehört haben: „In der Politik ist es wie beim Eishockey. Man darf nicht dahin laufen, wo der Puck jetzt liegt, sondern muss dahin laufen, wohin der Puck fliegt.“ Das ist ein toller Satz über die Politik, ich finde, er hat das sehr gut gesagt.“

Putin (lächelnd): *„Der quält uns ein bisschen, denn er bringt ein Beispiel aus einem Sport, wo sie gegen uns in letzter Zeit gewinnen und er bringt jetzt genau dieses Beispiel.“*

Wenediktov: „Dann machen die es im Moment eben richtig und rennen nicht dahin, wo der Puck liegt, sondern dahin, wohin er fliegt. Sie haben gerade über die Wahlen gesprochen. Das ist ein sehr wichtiges Thema, dass die Menschen im Land und auch die ausländischen Partner, einschließlich des Westens, keine Zweifel an der Legitimität der Wahlen haben. Das ist ja nicht einmal etwas Politisches, ehrliche Wahlen wollen alle, das Volk, Sie und auch alle anderen Kandidaten. Jetzt hat sich die „Liga für ehrliche Wahlen“ gegründet, das sind keine Politiker. Das sind Künstler und Autoren, Leute wie Akunin, Litskaja und so weiter. Warum treffen Sie sich mit denen nicht? Die mögen Sie zwar längst nicht alle und Sie mögen vielleicht auch nicht alle von denen.“

Putin: „Also mag mich von denen der eine oder andere doch?“

Wendiktov: „Wahrscheinlich...“

Putin: „Wissen Sie, dass wir vor kurzem den Regierungspreis für Journalistik verliehen haben? Und soweit ich weiß, haben wir alle genannten Kollegen eingeladen. Sie sind nicht gekommen. Sie sagen „Wir wollen eine Diskussion, aber die Regierung will uns nicht zuhören.“ Wir haben sie mehrmals eingeladen, aber sie kommen nicht. Da stellt sich mir die Frage, was wollen die eigentlich wirklich? Wollen die einfach sagen, dass es keine Diskussionen gibt? Oder wollen sie nicht diskutieren? Ich und auch meine Kollegen sind bereit, mit denen zu reden, wir haben sie mehrmals eingeladen. Aber sie sind nie gekommen. Auf Ihrer Internetseite hat jemand geschrieben: „Für Putin stimmen nur Rindviecher! Und seinen Artikel habe ich gar nicht erst gelesen.“ Was ist das für eine Form der Diskussion? Und was ist das für ein Verhältnis zu der Mehrheit der Bürger unseres Landes? Wie soll man mit Menschen diskutieren, die die Mehrheit der Bürger „Rindviecher“ nennt, denn bisher hat ja eine Mehrheit für mich gestimmt. Und den Artikel will er erst gar nicht lesen. Wie soll man da diskutieren?“

Wenediktov: „Sie als Kandidat müssen Ihre Wähler überzeugen und auch diese Leute einladen.“

Putin: „Ich lade sie ja ein, aber sie kommen nicht. Ist ja auch okay, die Menschen haben alle ihre ganz persönlichen Beweggründe und Motive. Wir alle lieben die Bücher von Akunin. Er schreibt sehr interessant, finde ich zumindest, ich interessiere mich für die russische Geschichte und er schreibt da sehr interessante Dinge. Soweit mir bekannt ist, ist er ethnischer Georgier. Da verstehe ich, dass ihm Russlands Verhalten bei dem Streit zwischen Russland und Georgien, de facto ein bewaffneter Konflikt, nicht gefallen hat. Russland war gezwungen, die Menschen in Südossetien und auch die eigenen Friedenstruppen zu verteidigen, die angegriffen und getötet wurden.“

Nicht wenige unserer eigenen Leute wurden getötet, was hätten wir denn tun sollen? Es gibt in Russland eine große georgische Diaspora. Und ich bin sicher, dass ein großer Teil davon und auch ein großer Teil der Georgier in Georgien unsere Motive verstehen. Was hätten wir anderes tun können? Nicht wir haben gegen die internationalen Verträge verstoßen. Was hätten wir tun sollen? Das ist das Eine, ich hätte nicht erwartet, dass wir darauf zurückkommen. Das andere ist, dass derzeit die US-Raketenabwehr überall diskutiert wird. Für uns ist das wichtig, wo die Systeme aufgestellt werden, nah an unseren Grenzen oder weiter weg. Und auch die Frage, ob sie in Georgien aufgestellt werden. Das ist für uns wichtig. Sollen wir dann unsere Atomwaffen auf diese Anlagen in Georgien ausrichten? Sehen Sie, wie schrecklich das wäre? Aber haben wir eine Garantie, dass die dort nicht installiert werden? Nein, haben wir nicht. Wenn wir unseren georgischen Kollegen vorschlagen, dies oder jenes zu tun, dann lehnen die alles ab, stattdessen gibt es dann solche Aggressionen wie in Südossetien. Was sollen wir denn tun? Wir wollen ja mit anderen Auswege suchen, wenn die wenigstens mit uns reden würden. Und viele wollen auch reden, die georgische Opposition ist doch zur Grundsteinlegung und zur Eröffnung des Denkmals für die georgischen Opfer des Zweiten Weltkrieges nach Moskau gekommen. Das ist doch ein Zeichen des Respekts für das georgische Volk von Seiten Russlands. Ich bin sicher, dass große Teile der georgischen Öffentlichkeit das gesehen haben, es kann ja nicht unbemerkt geblieben sein. Ein großer Teil der georgischen Diaspora in Russland versteht uns auch, wir sind bereit, mit allen zu diskutieren. Auch über andere Themen, auch mit der so genannten System-Opposition, die von völlig anderen Standpunkten ausgeht. Eben habe ich über die Raketenabwehr gesprochen. Ich muss zugeben, ich habe wenig Zeit für Fernsehen oder Radio, auch Ihren Sender höre ich selten...“

Wenediktov: „Das ist schlecht“

Putin: „Nicht so schnell, ich bin ja noch nicht fertig. Kürzlich waren wir im Süden und haben uns um die Olympia- Baustellen gekümmert, sind abends ein bisschen Ski gefahren, und dann habe ich das Radio angemacht und landete bei Ihrem Sender. Ich kenne die Leute nicht, die da geredet haben. Aber ich dachte nur >Was reden die da für einen Quatsch!< Ich wusste nicht mal, dass das Ihr Sender war.“

Wenediktov: „Auch schlecht.“

Putin: „Gut oder schlecht, ich sage Ihnen ehrlich, was ich da erlebt habe. Die haben die Raketenabwehr diskutiert. Aber so einen Schwachsinn habe ich noch nie gehört, wo nehmen die das nur her? Die meinten, es wäre für uns nicht wichtig, wie weit von unserer Grenze entfernt die Raketen aufgestellt werden. Wie jetzt, nicht wichtig? Wenn sie nahe sind, decken sie unsere Raketenstützpunkte ab und können unsere Raketen abschießen. Wenn sie weiter entfernt sind, dann decken sie das Gebiet nicht ab und können sie auch nicht abschießen. Wie soll das nicht wichtig sein? Das ist die prinzipiell wichtigste Frage. Andere These: Die Amerikaner bieten uns auf dem Gebiet eine Zusammenarbeit an, aber Russland lehnt das ab. Es ist doch genau umgekehrt: Wir bieten das an und sie lehnen es ab. Die lassen uns nicht da ran, sie lassen auch ihre engsten Verbündeten von der Nato nicht an die Systeme. Die Radare sind aufgestellt, über die Stationierung der Raketen einigt man sich, aber an das Kontrollpult lassen sie niemanden ran. Ich lag da auf dem Bett und dachte mir >Das ist doch keine Information, was die da machen. Das ist die Bedienung der außenpolitischen Interessen eines Landes gegen ein anderes Land, gegen Russland.<“ Ich sage Ihnen das jetzt als Experte, der sich mit diesen Dingen seit vielen Jahren beschäftigt. Das sind die grundsätzlichen Fragen, das müssen die wissen. Ich glaube nicht, dass die das nicht wussten. Und die machen das noch auf Kosten des russischen Steuerzahlers. Mir geht es nicht in den Kopf, wie das möglich ist. In den Vereinigten Staaten wäre das völlig unmöglich. So etwas

würden die gar nicht auf Sendung lassen. Ich erinnere mich noch, wie Fox über die Ereignisse in Südossetien berichtet hat. Da haben zwei Frauen von den Ereignissen erzählt, und als die Redaktion bemerkte, dass sie es mit Leuten zu tun hatte, die die Aktionen Russlands unterstützen – Sie wissen doch selbst, was da passierte – da haben sie in die Übertragung gehustet, geräuspert und was nicht noch alles, damit die nicht mehr zu hören waren. Dass man auf diese Weise die Interessen Russlands in einem Kanal bedient, der auch noch dem amerikanischen Staat gehört, ist schlicht unvorstellbar und unmöglich. Und Sie reden von Meinungsfreiheit. Wo ist denn dann die Meinungsfreiheit, wenn nicht hier? Das ist eigentlich sogar unanständig. Finde ich... Übrigens, wen wollen Sie eigentlich wählen?“

Wenediktov: „Ich gehe seit 1996 nicht wählen, weil ich als Chefredakteur eines politischen Senders weder meine Hörer noch meine Journalisten damit beeinflussen will, für wen ich stimmen könnte.“

Putin: „Sie sind jetzt sauer auf mich, das fühle ich.“

Wenediktov: „Das stimmt, ich bin sauer“

Putin: „Warum? Ich bin doch auch nicht sauer auf Sie, wenn Ihr Sender mich von morgens bis abends mit Dreck bewirft. Ich habe gerade mal zwei Worte gesagt und schon ist er sauer.“

Ende des übersetzten Dialogs. Können Sie sich einen solchen Dialog vor laufenden Kameras in Deutschland vorstellen? Das Video von der Diskussion ist in Russland sehr bekannt, es wurde ungezählte Male auf YouTube veröffentlicht und wurde wohl millionenfach angeklickt. Ich finde es immer lustig, wenn die deutschen Medien behaupten, in Russland gebe es Zensur. Wenn aber in Russland ein Skandal bekannt wird, dann kann man in Deutschland lesen, dass er von der „oppositionellen Zeitung“ XY aufgedeckt wurde. Ja, was denn nun? Gibt es in Russland Zensur? Dann kann es aber keine „oppositionelle

Zeitung“ geben, die Skandale aufdeckt. Oder gibt es oppositionelle Zeitungen? Dann kann es aber keine Zensur geben. Achten Sie mal darauf, wenn Sie deutsche Medien verfolgen, denn dieser Widerspruch springt einem ins Auge, wenn man darauf achtet.

Der „Spiegel“ und seine Russlandberichterstattung

Schauen wir uns ein aktuelles Beispiel an. Es geht um einen Spiegel-Artikel, der Ende März 2020 erschienen ist. Darin ging es um das Coronavirus. Zu dem Zeitpunkt gab es in Deutschland bereits die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, in Russland aber noch nicht. Russland hatte sehr früh reagiert und die Pandemie traf Russland daher erst fast einen Monat später. Zu dem Zeitpunkt gab es in Russland noch kaum Infizierte und Tote.

Dass Russland etwas richtig machen kann, ist für **die meisten** deutschen Medien inakzeptabel und daher musste man davon ablenken. Die Überschrift lautete >Putin ist hart – Corona ist härter<. Bei Interesse finden Sie den Artikel auf der Seite des Spiegel. Und so schrieb der Spiegel in der zweiten Hälfte des Artikels dann auch von Behauptungen, in Russland würden die Zahlen der Corona- Infizierten gefälscht. Als Quelle gab er Partner von Navalny an. Die liefern zwar keine Belege für ihre Behauptungen, machen aber eine Menge Wind in russischen sozialen Netzwerken. Übrigens: Das tun sie, ohne dafür bestraft zu werden, obwohl doch angeblich in Russland eine strenge Zensur herrscht. Das nur noch einmal als Denkanstoß am Rande.

Allerdings hat Russland – wie viele andere Länder auch – beschlossen, dass offensichtliche Falschmeldungen über das Coronavirus bestraft werden sollen, um Panik durch Falschmeldungen zu vermeiden. Der Spiegel schrieb dazu: *>Danach könnte das Verbreiten von vermeintlichen Falschnachrichten unter das Strafrecht fallen. Bisher wird die Verbreitung von „Fake News“ bzw. von Informationen, die die russischen Behörden als solche einstufen, als Ordnungsstrafe*

geahndet.< Man beachte: Die angebliche Zensur in Russland, von der wir immer so viel in Deutschland hören, besteht darin, dass offensichtliche Falschmeldungen bestenfalls als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden. Also mit einem Bußgeld, wie bei Falschparken. Wobei ich, ehrlich gesagt, keine Fälle kenne, in denen das angewendet wurde. Sollte jemand dazu Informationen mit Quellen haben, nehme ich die gerne an und werde berichten.

Seit kurzem können Falschmeldungen über Corona in Russland als Straftaten verfolgt werden. Allerdings nur unter zwei Bedingungen: Erstens: Der Verfasser muss **wissentlich** unwahre Informationen verbreiten; wenn er es aus Unwissen tut, bleibt er straffrei. Zweitens: Es muss jemand durch die Meldung zu Tode gekommen sein. Nur wenn durch eine bewusste Lüge ein Mensch zu Schaden gekommen ist, wird das verfolgt. Wer aber den Spiegel-Artikel von Frau Hebel liest, der glaubt, dass bereits rigoros bestraft wird: *>Auch Medien sind schon betroffen, was Reporter ohne Grenzen als >>absolut kontraproduktiv<< kritisiert. So droht der unabhängigen Webseite >Goworit Magadan< [Es spricht Magadan] eine Geldstrafe von 200.000 bis 500.000 Rubel, umgerechnet etwa 2400 bis 5900 Euro – ein vielfaches ihrer monatlichen Werbeeinnahmen. Das Medium hatte gemeldet: >>Ein Patient mit Verdacht auf Corona-Infektion ist im Krankenhaus der Region Magadan gestorben<<. Für die Medienaufsichtsbehörde ist das >Fake News<. „>Goworit Magadan> weist das zurück, man habe mit Verweis auf Quellen im Krankenhaus und Gesundheitsministerium berichtet.“*

Hier zeigt sich wieder – wie oben von mir behauptet –, dass <Lückenpresse< viel schlimmer ist, als >Lügenpresse<. Der Spiegel schreibt die Wahrheit, lässt aber alles weg, was nicht in sein antirussisches Narrativ passt, das er den Deutschen vermitteln will. Tatsächlich gab es den besagten Artikel bei >Govorit Magadan< und tatsächlich sollte deswegen eine Strafe verhängt werden. Und

ebenfalls wahr ist, dass dort ein Patient mit Verdacht auf Corona gestorben ist.

Was der Spiegel verschweigt:

Der Verdacht auf Corona hat sich nicht bestätigt. Aber wichtiger noch: Die Ermittlungen gegen die Seite >Govorit Magadan< wurden nicht nur eingestellt, der russische Ministerpräsident hat am 24. März sogar den Chef der Medienaufsicht mit sofortiger Wirkung gefeuert.

Diese Meldung ist übrigens keine russische Propaganda, man kann sie auch bei >Govorit Magadan< selbst nachlesen. Das Portal hat sich, nachdem die Kündigung des Chefs der Medienaufsicht bekannt geworden ist, mit folgenden Worten an den Ministerpräsidenten gewandt: *>Unsere Redaktion war natürlich nicht einverstanden mit der Entscheidung der Medienaufsicht (wir haben das, wofür wir bestraft werden sollten, nicht geschrieben), aber wir haben keinen Rücktritt verlangt<* So viel zur Zensur in Russland und zu den harten Strafen, die freien Medien angeblich blühen. Stattdessen wird in Russland der Chef der Aufsichtsbehörde gefeuert, wenn seine Mitarbeiter im Eifer des Gefechts über das Ziel hinausschießen.

Die Spiegel-Autorin muss das alles wissen, sie ist immerhin Moskau-Korrespondentin dieses Nachrichtenmagazins. Der fragliche Artikel erschien bei >Govorit Magadan“ am 16. März, am 20. März drohte die Aufsicht mit der Strafe (wie <Govorit Magadan< selbst gemeldet hat), am 23. März wurde der Chef der Aufsicht gefeuert, und am 24. März hat >Govorit Magadan< das selbst darüber gemeldet. Doch erst am 26. März hat der Spiegel über den Fall berichtet und behauptet, dem Portal drohe eine Strafe, dabei war die Sache längst vom Tisch.“

Der Zerrspiegel deutscher Medien

Thomas Röper in seinem Portal anti-spiegel.ru vom 19. 8. 2019:

„Unser Unterbewusstsein reagiert am stärksten auf Bilder. Und solche, die zeigen, wie Demonstranten von hoch bewaffneten Polizisten abgeführt werden, sind nicht schön. Dabei vergessen die meisten Fernsehzuschauer, die richtigen Fragen zu stellen. Welche politischen Hintergründe haben die „Aufstände“ in Moskau, und hatte vielleicht der Westen seine Finger im Spiel? Was passiert eigentlich in Deutschland mit Menschen, die ohne Genehmigung an x-beliebigen Orten demonstrieren? Und warum wird über zum Teil viel schlimmere Polizeigewalt – zum Beispiel in Frankreich – nicht mit der gleichen Akribie berichtet? Gibt es im „Evil Empire“ gar auch Demonstrationen, die genehmigt wurden und friedlich verlaufen? Wie so oft misst die deutsche Presse mit zweierlei Maß, um das ungünstige Bild, das sie von Russland zeichnen will, nicht zu gefährden.“

Um zu verstehen, was in Moskau vor sich geht, und um die Berichte der deutschen Medien einordnen zu können, müssen wir uns zuerst mit den Hintergründen beschäftigen. Danach kommen wir zu den deutschen Medien. In Moskau finden im September Wahlen zum Stadtparlament statt. Russland ist, wie Deutschland, ein föderaler Bundesstaat. Die Bundesländer heißen „Oblast“ (deutsch: Region). Ganz wie die deutschen Stadtstaaten gibt es auch zwei Städte, die gleichzeitig Oblast sind: Moskau und St. Petersburg.

Allerdings funktionieren die Wahlen in Russland anders. Zu den Oblast-Parlamenten werden keine Parteilisten gewählt, sondern Direktkandidaten. Um als unabhängiger Kandidat zugelassen zu werden, braucht es eine bestimmte Anzahl an Unterschriften, die von der Bevölkerung im Wahlkreis abhängt. Es sind einige Tausend
<https://www.anti-spiegel.ru/2019/die-provokateure/> Unterschriften

pro Kandidat, die man einreichen muss. Dabei dürfen höchstens zehn Prozent der Unterschriften fehlerhaft sein.

Bei einigen der Kandidaten hat die Wahlkommission mehr als zehn Prozent Fehler gefunden, so unter anderem auch Unterschriften von Verstorbenen, und ihnen deshalb die Zulassung verweigert. Das kann man trefflich kritisieren, nur muss es ja irgendwelche Regeln geben. Und während die deutschen Medien solche Formfehler in Russland lautstark kritisieren, sehen sie es in Deutschland anders. In Sachsen ist z.B. der AfD kürzlich das Gleiche passiert: Wegen eines Formfehlers wurden Dutzende Kandidaten von der Parteiliste gestrichen, und möglicherweise bekommt die AfD am Ende weniger Abgeordnete, als ihr dem Wahlergebnis nach zustehen.

Es geht hier nicht um Sympathie für die AfD oder die russischen Kandidaten. Der Verfasser will nur aufzeigen, wie unterschiedlich die deutschen Medien auf vergleichbare Vorgänge reagieren. Putin und Russland sind für sie böse, da wird ein solcher Vorgang lautstark kritisiert. Die AfD hingegen mögen die deutschen Medien nicht, und ein solcher Vorgang wird mit einer gewissen Häme zur Kenntnis genommen. Wenn die Medien sich als objektive Beobachter und Berichterstatter verstehen würden, müssten sie in beiden Fällen gleich reagieren. Tun sie aber nicht, wie zwei Artikel im Spiegel zeigen. Zum Thema AfD titelte der Spiegel „AfD in Sachsen – Ein Formfehler und seine Folgen“ und schrieb als Einleitung: *„Wegen eines Formfehlers umfasst die Landesliste der AfD für die Wahl in Sachsen nur noch 18 Plätze – die Partei wird aber wahrscheinlich mehr Mandate gewinnen. Was bedeutet das für die Rechtspopulisten?“* Zur Situation in Moskau lautete der Titel: „Opposition in Russland – ‚Sie stehlen unsere Wahlen‘“. Der Artikel begann so: *„Russlands Regierungspartei ist im Umfragetief. Vor den Regionalwahlen im September werden Oppositionelle deshalb erst gar nicht zugelassen – wie in der Hauptstadt Moskau.“* Dabei könnte diese Einleitung auch für Sachsen

gelten, denn dort wird die Wahlkommission von den etablierten Parteien dominiert, die gerade im Umfragetief sind und ihren, in den Umfragen führenden, Gegner aus der Opposition enorm geschwächt haben. Wie gesagt, der Verfasser unterstützt keine Partei und steht keiner Partei nahe, aber dieses Beispiel macht deutlich, wie in den deutschen Medien ein Formfehler mal okay ist und mal ein Skandal.

Nun könnten die Oppositionellen in Moskau, so wie in Sachsen auch, zum Gericht laufen und die Entscheidung anfechten. Tun sie aber nicht, stattdessen haben sie zu Protesten aufgerufen. **Und wie reagiert der böse russische Staat? Er lässt die Demonstration zu. Nur eben nicht dort, wo die Organisatoren es wollten.** Moskau ist eine Zwölfmillionenmetropole mit Staus, wie in New York. Die Demonstranten wollten auf dem Gartenring demonstrieren, einem innerstädtischen Autobahnring rund um das Moskauer Stadtzentrum. Er ist zwölfspurig und eine der wesentlichen Verkehrsadern der Innenstadt. Ihn zu blockieren, würde zum Verkehrsinfarkt führen.

Daher schlugen die Behörden eine andere wichtige Hauptstraße im Moskauer Zentrum für die Demo vor. Aber das lehnten die Organisatoren ab. Der Grund ist einfach: Es finden in Russland immer wieder genehmigte Demonstrationen gegen die Regierung statt, nur sind die für die westlichen Medien uninteressant, weil es dabei zu keinen kamerawirksamen Zwischenfällen kommt. Daher wird selbst über große Demonstrationen in Moskau in den westlichen Medien nicht berichtet. Dass die Opposition in Moskau ungestört demonstrieren kann, würde die Legende vom Unterdrückungsstaat Russland beschädigen. Das muss der Zuschauer der Tagesschau also auch nicht erfahren. Statt also am genehmigten Ort zu demonstrieren, versammelten sich die Demonstranten am 3. August an verschiedenen Orten und versuchten zum Gartenring durchzukommen, um sich dort zu vereinen.

Warum haben die Demonstranten im Unterdrückungsstaat Russland keine Angst, zu einer nicht genehmigten Demonstration zu gehen? Der Grund liegt – das wird viele überraschen – im liberalen Versammlungsrecht Russlands. Während in Deutschland Verstöße gegen das Versammlungsrecht Straftaten sind und mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden können, sind das in Russland nur Ordnungswidrigkeiten – also wie Falschparken.

Wer also bei so einer nicht genehmigten Demonstration festgenommen wird, der wird nur zur Feststellung der Personalien auf die Wache gebracht und ist nach ein paar Stunden mit einem Bußgeldbescheid wieder auf dem Weg nach Hause. Erst im Wiederholungsfall drohen bis zu 30 Tage Ordnungshaft. Auch das ist aber keine Straftat und gilt nicht als Vorstrafe. Es bleibt eine Ordnungswidrigkeit. Wer es sich also leisten kann, mal 30 Tage nicht erreichbar zu sein, hat auf einer nicht genehmigten Demonstration in Russland nichts zu befürchten und kann immer wieder gegen das Versammlungsrecht verstoßen, zum Beispiel als Student in den Semesterferien. Oder auch als „Oppositionspolitiker“, der diese Festnahmen medial ausschlichten kann. Das zeigen auch Fotos von Demonstranten, die von der Polizei am 3. August abgeführt wurden. Sie scheinen das Ganze recht lustig zu finden. Solange man keinen Widerstand gegen die Staatsgewalt leistet, kann einem nichts passieren.

Übrigens ist das auch die Masche von Alexei Navalny. Der ruft immer an Feiertagen zu Demonstrationen auf und zwar an Orten, an denen Volksfeste stattfinden. Das wird natürlich abgelehnt, und die von der Stadt angebotenen alternativen Standorte lehnt er ab. So wird er immer an russischen Feiertagen kamerawirksam festgenommen, sitzt danach 14 bis 30 Tage Ordnungshaft ab, und das Spiel beginnt von vorne. Aber dieses Vorgehen garantiert ihm ständige Aufmerksamkeit in den westlichen Nachrichten. *Verhaftung eines Demonstranten:*

Besonders gerne wird an Feiertagen zu kamerawirksamen Demonstrationen aufgerufen

Die OVD als westfinanziertes Propaganda-Instrument

Was in Deutschland auch nicht berichtet wurde ist, dass bei den Demonstrationen in Moskau in den letzten Wochen circa die Hälfte derer, die vorübergehend in Gewahrsam kamen, gar nicht in Moskau leben. Man fragt sich also, warum Leute, die von der regionalen Wahl nicht betroffen sind, dort hinreisen, um zu demonstrieren. Um das zu verstehen, muss man nur die deutschen Medien aufmerksam lesen. Im Zusammenhang mit den Demonstrationen ist immer wieder Rede von der „Bürgerrechtsorganisation OVD“. Klingt gut, oder? Diese Organisation meldet den deutschen Medien die Zahlen der Festgenommenen, die regelmäßig höher sind als die Zahlen der Polizei.

Die OVD ist jedoch keine russische „Bürgerrechtsorganisation“, sondern ein vom Westen finanziertes Propagandainstrument.

Das ist keine russische Propaganda. Nach ihren eigenen Angaben wird die OVD von der EU-Kommission, der Heinrich-Böll-Stiftung und der französischen Botschaft in Moskau finanziert. Und mit Bedauern stellt die OVD auf ihrer Seite auch fest, dass das National Endowment for Democracy und die Open Society Foundation von George Soros in Russland nicht mehr tätig sein dürfen, denn diese hätten die OVD früher finanziell unterstützt.

Diese Feinheiten werden dem Leser der westlichen Medien jedoch vorenthalten. Und wer sich mit dem Maidan und ähnlichen Farbrevolutionen beschäftigt hat, der erkennt an der genannten Liste der Sponsoren der OVD das Who's who der Farbrevolution-Unterstützer. Auch damals haben diese dafür gesorgt, dass reichlich Demonstranten aus dem Land zum Beispiel zum Maidan kamen, so wie nun auch viele Auswärtige bei den Moskauer Demonstrationen zu

sehen sind. Nach den Erfahrungen der Orangen Revolution, dem Maidan oder auch der Rosenrevolution in Georgien hat Russland allen Grund, schnell durchzugreifen. Wie wir sehen: nicht hart durchzugreifen, sondern einfach nur schnell und konsequent.

Denn im Gegensatz zu den Demonstrationen der Gelbwesten in Frankreich, wo die Polizei Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse gegen die Demonstranten einsetzt, geht es in Russland **meist** friedlich zu. Die Polizisten führen die Leute ab, und selbst Gummiknüppel kommen praktisch nie zum Einsatz. Tränengas und Wasserwerfer haben die Demonstranten in Russland noch nie erlebt, von Gummigeschossen ganz zu schweigen. Wie friedlich es in Moskau zugeht, sieht man daran, dass der einzige, der nach der Demonstration eine Nacht im Krankenhaus verbringen musste, ein Polizist war, dem bei der Verhaftung eines Demonstranten die Schulter ausgelenkt worden war.

Ein weiteres Klischee über Russland ist, dass die Medien über solche Proteste nicht berichten. Das stimmt ebenfalls nicht, weil das russische Fernsehen ausführlich und landesweit berichtet hat. Das ist erstaunlich, denn im Grunde waren es kleine und unwichtige Demonstrationen, die es in den vergangenen Wochen in Moskau gegeben hat. In einer Stadt mit mehr als zwölf Millionen Einwohnern haben sich zwischen 1.000 und 4.000 Demonstranten eingefunden. Zum Vergleich: Berlin hat vier Millionen Einwohner, das wäre entsprechend so, als wenn sich in Berlin circa 300 bis 1.300 Demonstranten versammeln.

Wäre das ein Bericht in bundesweiten Nachrichtensendungen wert? Oder würden die Medien gar von einem „Massenprotest“ gegen Merkel sprechen? Wohl kaum! Aber die deutschen Medien bauschen die Proteste in Moskau zu Massenprotesten gegen Putin auf. Dabei geht es nicht einmal um Putin, sondern es geht um eine Regionalwahl.

Aber das russische Fernsehen berichtet trotzdem ausführlich, einen Bericht über die Demonstration vom 3. August hat der Verfasser dieses Beitrags übersetzt. Wie man sieht, waren viele Demonstranten bewaffnet, das passt so gar nicht ins Bild der „friedlichen Demonstranten“, das die deutschen Medien zeichnen wollen. Die Tagesschau traute sich denn auch nicht, von unbewaffneten Demonstranten zu sprechen. In deren Bericht hieß es sinngemäß, sie hätten keine bewaffneten Demonstranten gesehen – nach der Methode der drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. So kann man sich immer rausreden. Und besonders deutlich wurde die Absicht, Russland in ein schlechtes Licht zu rücken, beim Spiegel. Am 3. August 2019 titelte Spiegel- Online: „Festnahmen bei Demo in Moskau – Das Volk spaziert, der Staat eskaliert“.

Es ist immer interessant, wie sich die Überschriften nach der Veröffentlichung eines Artikels verändern. Das kann man nämlich anhand Internetadresse des Artikels feststellen. So auch dieses Mal. Der ursprüngliche Titel lautete: „Russland – Opposition spaziert in Moskau gegen die Regierung“. Das war der Spiegel-Redaktion dann aber offensichtlich zu harmlos, man muss Russland ja als böse darstellen. Also wurde die Überschrift dramatischer formuliert. Dass „der Staat eskaliert“ und zwar gegen das „spazierende Volk“, hatte dann den gewünscht bösen Ton. Dass es anders herum war und die Demonstranten Polizisten beschimpften und beleidigten sowie teilweise bewaffnet zur Demo gingen, das braucht der deutsche Leser ja nicht zu erfahren.

Über die Ereignisse vom 3. August habe ich ausführlich berichtet. Und alle Medien in Deutschland auch. Aber haben Sie etwas von der Demonstration in St. Petersburg gehört, die ebenfalls am Samstag stattgefunden hat? Nein? In Petersburg haben sich circa 1.000 Demonstranten versammelt und mit den Moskauer Demonstranten solidarisiert.

Und warum haben wir in Deutschland davon nichts in den Medien gelesen, gesehen oder gehört? Ganz einfach: Die Demonstration war genehmigt und verlief ohne Zwischenfälle, weil die Demonstranten dort protestierten, wo es genehmigt war. Und zwar auf einem großen Platz vor einem wichtigen Bahnhof, direkt am Ufer der Neva gegenüber dem Stadtzentrum.

Und natürlich berichteten die deutschen Medien nicht, dass in Russland ganz legal und problemlos demonstriert werden darf, wenn man sich an die Genehmigung der Behörden hält – so wie in Deutschland auch.

Und während die EU am Sonntag nach der Demonstration medienwirksam forderte, alle 600 Festgenommenen sollten sofort freigelassen werden, waren diese fast alle schon wieder zu Hause. Nur einige wenige, denen Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen wird, waren noch auf Polizeiwachen. Die Ombudsfrau für Menschenrechte in Moskau teilte am Sonntag außerdem mit, dass noch Minderjährige in Polizeigewahrsam seien. Dabei handele es sich um Heranwachsende, deren Eltern nicht in der Stadt sind und die daher noch nicht bei der Polizei abgeholt werden konnten. Ein Fall sei kompliziert, weil ein Minderjähriger bei seiner Oma lebe, die aber nicht erziehungsberechtigt ist, und seine Eltern nicht einmal in Moskau wohnen.